

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Dokumentenzählnr.: A100-TTG-005112-
MA-DE

Planänderung III

**Planfeststellungsabschnitt A4
von km 0+000 bis 37+746**

Unterlagen nach § 21 NABEG

**Teil A00
Erläuterungsbericht zur Planänderung III**

00	21.02.2025	Planänderung III	Ulrich Thesing	Jörg Lehnert	Falko Wiegandt
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Frei- gegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung	4
1.1. SuedLink	4
1.2. Einordnung der Unterlage	4
1.3. Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2. Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	5
2.1. Vorausgegangene Planungsschritte	5
2.1.1. Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG, Erhalt Planfeststellungsbeschluss nach §24 NABEG sowie Anträge auf Planänderungen	5
2.2. Rechtliche Grundlagen.....	6
3. Beschreibung der geänderten Planungen	8
3.1. Veranlassung	8
3.2. Kennzeichnung	8
3.3. Planänderungen.....	8
3.3.1. Bauablauf	8
3.3.2. Grabengeometrie.....	10
3.3.3. Flächeninanspruchnahme und Aushub.....	10
3.3.4. Transportlogistik	10
3.3.5. Umweltauswirkungen.....	10
3.4. Fazit.....	11

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BE-Fläche	Baustelleneinrichtungsfläche
BNetzA	Bundesnetzagentur
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
GIS	Geographisches Informationssystem
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PlanSiG	Planungssicherstellungsgesetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
V	Vorhaben
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

1. Einleitung

1.1. SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A4.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2. Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Teil A01, Anhang 04 „Erläuterungsbericht zur Planänderung I“ wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A4, mit der der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans anzeigt.

1.3. Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen.

2. Genehmigungsrechtliche Einordnung

2.1. Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1. Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG, Erhalt Planfeststellungsbeschluss nach §24 NABEG sowie Anträge auf Planänderungen

Die Bundesnetzagentur hat die nach § 20 NABEG vorgesehene Antragskonferenz als schriftliches Verfahren gemäß § 5 Absatz 6 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse des schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG hat die Bundesnetzagentur am 30. September 2020 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung festgelegt. Sie gibt damit den Inhalt des Plans und der weiteren Unterlagen vor, die der Vorhabenträger vorzulegen hat. Am 30. Dezember 2022 wurde der Antrag auf Planfeststellung nach §21 NABEG bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Nach der Einreichung prüfte die Planfeststellungsbehörde innerhalb eines Monats die Dokumente auf Vollständigkeit. Die Vollständigkeitsprüfung wurde am 30. Januar 2023 abgeschlossen und beinhaltete die Prüfung der formellen Vollständigkeit sowie eine Plausibilitätskontrolle der Unterlagen.

Gemäß § 22 NABEG beteiligte die Bundesnetzagentur im Rahmen des Anhörungsverfahrens nach erfolgter Vollständigkeitsprüfung die Träger öffentlicher Belange, die Vereinigungen sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Vom 20. Februar bis zum 20. April 2023 konnten Einwendungen gegen den in elektronischer Form veröffentlichten Plan erhoben werden.

Die Bundesnetzagentur hat am 10. August 2023 nach § 22 Absatz 5 in Verbindung mit § 10 Absatz 3 Satz 1 NABEG zur Verfahrensbeschleunigung im Rahmen ihres Ermessens entschieden, auf Umweltverträglichkeitsprüfung das Durchführen eines Erörterungstermins im Sinne von § 73 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) und § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gesetzes über die (UVP) zu verzichten.

Der Vorhabenträger hat am 3. Juli 2023 Änderungen des bereits ausgelegten Plans und der Unterlagen beantragt. Die kenntlich gemachten Änderungen lagen der Bundesnetzagentur am 8. September 2023 abschließend vor. Die betroffenen Behörden, Vereinigungen und Dritte, die erstmalig oder stärker als bisher berührt werden, wurden von der Bundesnetzagentur individuell angeschrieben und über die Möglichkeit der Stellungnahme beziehungsweise Einwendung informiert.

Die Bundesnetzagentur hat am 15. März 2024 den Plan festgestellt. In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Die sofortige Vollziehung wird nach § 43e Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gesetzlich angeordnet. Der Planfeststellungsbeschluss wurde gemäß § 24 Abs. 2 Satz 2 NABEG für die Dauer von zwei Wochen vom 8. April bis zum 22. April 2024 öffentlich bekanntgegeben. Nach Ablauf der zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur gilt der Beschluss als bekannt gegeben (§ 24 Abs. 2 Satz 3 NABEG). Der Vorhabenträger kann mit dem Bau beginnen.

Im Mai 2024 reichte der Vorhabenträger die erste Planänderung zum Planfeststellungsbeschluss gem. § 24 Abs. 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt (PFA) A4 ein. Es wurde beantragt, dass im Bereich des Vorhabens Nr. 4 im PFA A4 durchgehend Kabelschutzrohre eingebaut werden können. Der Änderungsbescheid gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 2 VwVfG (Gz.: 804-6.07.01.02/3-2-4 PÄ I#1) erging am 21.06.2024.

2.2. Rechtliche Grundlagen

Planverzicht, § 76 Abs. 2 VwVfG

Für die hier in Rede stehende Planänderung III ist die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, wie bereits bei der Planänderung I, nicht erforderlich. Gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt; das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften.¹ Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kommt ein Planverzicht nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht in Betracht (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Für die Änderung ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Die Vorhaben in ihrer Gesamtheit sind UVP-pflichtig gemäß § 6 UVPg i.V.m. Nr. 19.11 der Anlage 1 zum UVPg. Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 UVPg ist eine Änderung solcher Vorhaben UVP-pflichtig, wenn eine allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Die hier durchgeführte allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass derartige Umweltauswirkungen aufgrund der Änderung nicht zu erwarten sind. Bei sämtlichen Schutzgütern gibt es keine erheblichen oder zusätzlichen Auswirkungen (s. Kapitel 3.3.5 - Umweltauswirkungen). Im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck der Vorhaben bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar.

Für einen Planverzicht verlangt § 76 Abs. 2 VwVfG weiterhin, dass die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Unter „Belangen anderer“ sind (abwägungserhebliche) private (d. h. nicht öffentliche), eigene Interessen Dritter zu verstehen. Auf den (formal-)rechtlichen Schutz des jeweiligen Interesses kommt es hierbei nicht an. Die Belange anderer sind berührt, wenn Dritte in ihren Interessen erstmals, stärker als bisher oder anders als bisher betroffen sind (Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 21; Deutsch, in: NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 45).

Die nachfolgend in Kapitel 3 beschriebene geänderte Planung führt zu keiner neuen, zusätzlichen oder geänderten Flächeninanspruchnahme. Alle Arbeiten finden

¹ Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25.

innerhalb der bereits planfestgestellten Schutz- und Arbeitsstreifen statt. Dadurch gibt es keine neuen Betroffenenheiten.

Damit ist die Voraussetzung gegeben, dass keine Belange anderer berührt werden. Eine erneute Zustimmung der Betroffenen ist demnach nicht erforderlich.

Die Voraussetzungen für einen Verzicht auf ein Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG sind somit gegeben. Sonstige Aspekte, die die Durchführung eines solchen Verfahrens geboten, erscheinen lassen, sind nicht ersichtlich, weshalb angeregt wird, auf ein Verfahren zu verzichten.

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss, ist für die Planänderung nicht erforderlich.

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Plangenehmigung anstelle einer Planfeststellung liegen nach alledem vor.

3. Beschreibung der geänderten Planungen

3.1. Veranlassung

Im Zuge der baubegleitenden Ausführungsplanung im PFA A4 wurde die anstehende Bauausführung samt Lieferketten mit den für den Vorhabenträger zuständigen Auftragnehmern weiter konkretisiert. Zur Wahrung der rechtzeitigen Inbetriebnahme von Sued-Link wurde entschieden, dass zur Optimierung der Logistik und zur Erhöhung der Flexibilität im Bauablauf auch im Bereich des Vorhabens 3 (V3) im PFA A4 bei Bedarf auch Kabelschutzrohre im offenen Kabelgraben eingebaut werden können.

Der vorgenannte Änderungsbedarf macht eine Anpassung der Planfeststellungsunterlage Teil C01, Technik und Trassierung erforderlich. Weitere Unterlagenteile sind von den Änderungen nicht berührt.

3.2. Kennzeichnung

Im Grundsatz werden Dokumente, die von einer geänderten Planung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, immer als Ganzes überarbeitet, da Verschiebungen von Seitenumbrüchen unausweichlich sind. Änderungen in den Unterlagen (Berichte, Anlagen und Anhänge) werden in blauer Schrift (RGB 0/63/255) hervorgehoben.

Textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandstexte und Ergänzung von Ersatztexten bzw. neuer Textabsätze in blauer Schrift wie oben angeführt. Die neuen Texte werden immer den Streichungen hintenangestellt.

Korrekturen von Tabellenwerten folgen den formalen Anforderungen für Texte: Streichung der Bestandswerte und Ergänzung von Ersatzwerten in blauer Schrift. Die Ersatzwerte werden immer den Streichungen hintenangestellt. Zusätzliche Zeilen / Spalten werden erforderlichenfalls ergänzt und neue Werte in blauer Schrift eingefügt. Die Ergänzung von Tabellen folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen (blauer Rand, Stärke 3 Pt).

3.3. Planänderungen

Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, ist vorgesehen, die Kabel des Vorhaben V3 entsprechend dem planfestgestellten Teil C01, Anhang 01, Kapitel 1.1 zukünftig und bei Bedarf im Schutzrohr zu verlegen. Die Verlegung im „offenen Graben mit Schutzrohr“ stellt ein Standardverfahren der Erdkabelverlegung dar. Hierbei wird innerhalb des beantragten Arbeitsstreifens ein Graben gezogen und je nach Anforderung des Kabels und des Baugrundes Schutzrohre in erforderlichem Durchmesser und Wandstärke verlegt. Es wird je Kabel ein Schutzrohr verlegt.

3.3.1. Bauablauf

Der Bauablauf und die typischen Bauphasen für die Herstellung der Erdverkabelung sind im Teil C01, Kapitel 2.2.9.1, Tabelle 3 kursorisch beschrieben. Das Standardverfahren „offene Verlegung mit Kabelschutzrohr“ ist in der Zeile „Zusätzliche Verlegearbeiten“ im Bauablauf berücksichtigt worden. Da die Herstellung des Abschnitts PFA A4 im Wesentlichen als lineare Wanderbaustelle erfolgt und der optionale Einbau der Kabelschutzrohre V3 im Zuge der Herstellung des Grabenprofils durchgeführt wird, hat die Wahl der Standardverfahren der offenen Bauweisen keine negativen Auswirkungen auf den Baufortschritt und führt nur zu geringen Bauablaufänderungen. Die auf Seite 84 (Teil C01, Kapitel 2.2.9.1) beschriebene Tagesleistung für die Baufelderstellung von 55 m pro Tag ändert sich daher nicht.

Der auf Seite 84 (Teil C01, Kapitel 2.2.9.1) beschriebene beispielhafte Bauablauf für die Kabelverlegung in offener Bauweise (Stammstrecke), der bereits gemäß Planänderung I ergänzt wurde, ist zur Klarstellung, dass beide Verlegeverfahren zur Anwendung kommen können, wiederum angepasst worden. Die konkreten Anpassungen werden nachfolgend textlich beschrieben. Im Anhang ist in der Unterlage C01 die Änderung in blauer Schrift hervorgehoben.

Kabeleinzug im offenen Kabelgraben (Stammstrecke)

Folgende Bauschritte können beim Kabeleinzug im offenen Verlegeverfahren zum Einsatz kommen:

- Mutterbodenabtrag und Suchschachtungen
- Option 1: Erstellung Kabelgraben ohne Schutzrohr
 - Erstellen Baustraße Kabelgraben
 - Erstellen Wasserhaltung Kabelgraben
 - Kabelgraben auf und Sandsohle herstellen
 - Kabeleinzug im offenen Kabelgraben
 - Einsanden des Kabels
 - Verfüllen des Kabelgrabens
 - Ausschalten der Wasserhaltung
- Option 2: Erstellung Kabelgraben mit Schutzrohr
 - Erstellen Baustraße Kabelgraben
 - Erstellen Wasserhaltung Kabelgraben
 - Kabelgraben auf und Sandsohle herstellen
 - Einbau der verschweißten Kabelschutzrohre
 - Einsanden der verschweißten Kabelschutzrohre
 - Verfüllen des Kabelgrabens
 - Ausschalten der Wasserhaltung
 - Kabeleinzug im Kabelschutzrohr
- Rückbau der Baustraße
- Mutterbodenauftrag
- Rekultivierung

Wie man der obenstehenden Übersicht entnehmen kann, bleibt der prinzipielle Bauablauf einer Sektion unverändert und schließt mit der unmittelbaren Rekultivierung der in Anspruch genommenen Flächen ab.

Die in Teil C01, Kapitel 2.2.4, Tabelle 2 erläuterte Bauweise ist eine Aufzählung bzw. Abfolge für die offene oder geschlossene Verlegung der Vorhaben. Wie in diesem Kapitel erläutert, wird im Abschnitt grundsätzlich angestrebt, die Trasse in offener Bauweise zu verlegen, wo möglich auch ohne die Verwendung eines Schutzrohres. Gegenüber den bereits in der Planänderung I erfolgten Anpassungen wird zur Klarstellung der Absatz vor der Tabelle 2 redaktionell angepasst. Es wird nunmehr nicht mehr „zwischen den beiden Vorhaben“ differenziert. Es wird kein Verlegeverfahren favorisiert. Die Bauweisen mit bzw. ohne Schutzrohr können je nach örtlichen Gegebenheiten angewandt werden.

3.3.2. Grabengeometrie

Im Teil C01, Anhang 01 werden die beiden Standardverlegeverfahren detailliert beschrieben: In Kapitel 1.1 die Verlegung im offenen Graben mit Schutzrohr und in Kapitel 1.2 die Verlegung im offenen Graben ohne Schutzrohr. Beide Verfahren sind ebenfalls im Teil C02 Prinzipzeichnungen in Anlage 04 und Anlage 10 dargestellt. Bei beiden Verfahren werden die Gleichstromkabel im Regelfall mit einer Mindestüberdeckung von 1,3 m verlegt.

Beide Grabenprofile wurden planfestgestellt.

3.3.3. Flächeninanspruchnahme und Aushub

Gemäß Teil C01, Kapitel 2.1.3.1 beträgt der Regelarbeitsstreifen sowohl erdverlegt als auch mit Kabelschutzrohr für die Stammstrecke ca. 40-45 m, bei zwei Gräben in offener Bauweise. Eine Veränderung des Arbeitsstreifens ergibt sich durch die Verwendung von Kabelschutzrohren nicht. Die Regelarbeitsstreifenbreiten von 45 m mit und ohne Kabelschutzrohr sind gemäß Teil C02, Anlage 06 und Anlage 12 planfestgestellt.

Eine zusätzliche BE-Fläche für die Zwischenlagerung der Kabelschutzrohre ist nicht erforderlich, da die Kabelschutzrohre direkt nach Lieferung ausgelegt, verschweißt und eingebaut werden (just-in-time-Einbau).

Der Schutzstreifen resultiert aus den System- und Regelabständen der HGÜ-Kabel, die nicht durch die Wahl der Standardverfahren beeinflusst werden. Auch hier gibt es keine Veränderung.

3.3.4. Transportlogistik

Für das im Teil C01, Anhang 01 beschriebene Standardverfahren „Verlegung im offenen Graben mit Schutzrohr“ (Kapitel 1.1) werden bis zu 15 zusätzliche LKW-Fahrten pro Monat zur Verteilung der Kabelschutzrohre auf der Linienbaustelle notwendig.

3.3.5. Umweltauswirkungen

Bei der vorgesehenen Planänderung handelt es sich um unwesentliche Änderungen gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG. Von den Planänderungen sind die gesamten Grabenabschnitte des Vorhabens V3 betroffen. Auf die UVP-Pflicht des gesamten Vorhabens, entsprechend Kap. 1.2.1 der Planfeststellungsunterlagen, Teil F – UVP wird verwiesen. Umweltauswirkungen der Planänderungen auf Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens sowie ein Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten sind jedoch nicht zu erwarten.

Mit den Planänderungen sind keine geänderten Nutzungen natürlicher Ressourcen, insbesondere Flächen, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt verbunden.

Geänderte Umweltauswirkungen im Sinne der Abfallerzeugung i.S.v. § 3 Abs. 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind nicht denkbar.

Ebenso sind keine durch die Planänderungen hervorgerufenen geänderten Umweltverschmutzungen und Belästigungen denkbar. Zusätzliche Vergrämuungsmaßnahmen treten nicht auf.

Von den Planänderungen gehen keine geänderten Risiken hinsichtlich Störfälle, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, aus.

Des Weiteren sind von den Planänderungen keine geänderten Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft (bei Bodenabbau, Lärm und Staub) denkbar.

Es treten keine zusätzlichen Lärmimmissionen (vgl. Planfeststellungsunterlagen, Teil E02) auf. Durch die Anpassung der Bauweise bei V3, also der Verlegung mit Kabelschutzrohr, gibt es keine Überschreitung der Richtwerte der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm).

In der Gesamtbewertung der Merkmale der Änderung des Vorhabens ist einzuschätzen, dass aufgrund der o.a. Merkmale von keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auszugehen ist. Eine Betrachtung zum Standort der Planänderungen des Vorhabens, welche die ökologische Empfindlichkeit des Gebiets, dass durch die Planänderungen möglicherweise beeinträchtigt werden könnte, insbesondere hinsichtlich der Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem Einwirkungsbereich entfällt deshalb.

Die Gesamteinschätzung der Auswirkungen der Planänderungen des Vorhabens unter Berücksichtigung aller vorab geprüften Aspekte ergibt somit, dass eine UVP-Pflicht für die Planänderungen nicht gegeben ist.

3.4. Fazit

Die beantragte Planänderung zur Verlegung des Vorhabens 3 im Standardverfahren „offene Bauweise mit Kabelschutzrohr“ oder auch im Standardverfahren „offene Bauweise ohne Kabelschutzrohr“ ist aufgrund der erläuterten Sachverhalte von unwesentlicher Bedeutung, da dadurch Belange anderer nicht berührt werden und keine neuen oder geänderten Betroffenheiten ausgelöst werden. Insofern kann von einem neuen Planfeststellungsverfahren abgesehen werden und die beantragte Planänderung ist als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen.